

Ö1-Morgengen-Journal

Mithiline Seelmann im Studio, guten Morgen am Donnerstag, dem 14. September.

20.000 Tote, die UNO, appelliert in Libyen an die verfeindeten Regierungen, Hilfe für alle zu ermöglichen.

5.000 Neuankünfte an einem Tag, Lampedusa rufte Notstand aus.

Ganz oder gar nicht, die Bürgermeister sind beim Informationsfreiheitsgesetz geteilter Meinung.

Die Beamten-Gewerkschaft hat mit Eckehard Quinn einen neuen Vorsitzenden, hören sie ihn gleich im ausführlichen Interview.

Noch mal anheben oder pausieren, die EZB steht vor einer schwierigen Zinsentscheidung und das James-Web-Teleskop hat möglicherweise Lebensspuren im All entdeckt.

Erster Programmpunkt im Morgenjournal das Wetter mit Daniel Schlager.

Das wird heute ein unbeständiger und auch im Osten nicht mehr so warmer Tag, generell liegen die Höchstwerte bei 17 bis 24 in 2000 Meter Höhe bei um die 9 Grad.

Am Wochenende kehrt dann aber das Spätsommerwetter zurück, so ungetrübt sonnig wie in letzter Zeit wird es jedoch nicht mehr sein.

Heute aber ohnehin viele Wolken und die meisten Regenschauer jetzt in einem Streifen vom Bergland Salzburgs über die Eisenwurzten bis in den Großraum Wien, einzelne auch im Westen und bei Klagenfurt.

Tagsüber verlagert sich der Schauerschwerpunkt an immer mehr in südliche Bergland und nach Kärnten, auch einzelne Gewitter sind möglich.

Von Nordenher dagegen auch längere Sonnenfenster, speziell von Oberösterreich bis ins Burgenland.

Aktuell in Wien, St. Pölten und Klagenfurt, leichter Regen und dazu in Wien und Eisenstadt um 19 Grad, St. Pölten und Linz melden 18, Salzburg 17 Grad, Innsbruck und Bregenz 16 und Klagenfurt 18 Grad.

Der Freitagmorgen beginnt dann mit Sonne oder Nebel und im Süden auch mit Wolken, später wird es überall zumindest zeitweise sonnig, am Nachmittag im Bergland aber auch einzelne Schauer, im Donnersraum lebhaft auf der Ostwind und 18 bis 24 Grad.

Nach der Flutkatastrophe in Libyen appelliert die UNO an die beiden verfeindeten Regierungen gemeinsam Hilfe für alle zu ermöglichen.

Die Zahl der Toten wird mittlerweile auf 20.000 geschätzt, bei den Überlebenden macht sich Wut breit, denn der Machtkampf, die Korruption und die Nachlässigkeit haben die Katastrophe in dieser Dimension erst möglich gemacht, beklagen die Betroffenen, Susanne Neverklapp berichtet.

Das Ausmaß der Umwetterkatastrophe in Libyen wird erst langsam klar, der Bürgermeister der am stärksten Betroffenen Küstenstadt Derna, Abdulmanam Al-Gaiti erwartet inzwischen bis zu 20.000 Todesopfer, rund 30.000 Menschen sind obdachlos geworden und der Hilfseinsatz ist besonders schwierig, denn es trifft ein Land mit zerstörter Infrastruktur, ein Land im Bürgerkrieg, mit zwei verfeindeten Regierungen und zahlreichen Konfliktparteien.

Unmenschenrechtskommissar Volker Türk ruft alle politischen Akteure in Libyen dringend dazu auf, ihre Spaltung und Klüfte zu überwinden, um gemeinsam zu handeln und den Zugang für Hilfe in Libyen zu ermöglichen.

Es sei Zeit für Einheit, im gemeinsamen Ziel allen Betroffenen Hilfe zu ermöglichen, egal welcher Seite sie angehören, so der Unmenschenrechtskommissar.

Die verfeindeten Regierungen in Libyen haben beide internationale Hilfe angefordert und den Willen auf Zusammenarbeit signalisiert.

Doch bis Hilfe tatsächlich bei den Betroffenen ankommt, könnte es noch dauern und noch sind die Menschen vor Ort, in ihrer verzweifelten Suche nach Familienangehörigen weitgehend Ich habe nach Familienmitgliedern gesucht, sie sind vom Erdboden verschwunden, ich konnte nicht einmal die Straße finden, wo sie gelebt haben, die Gebäude sind weg, als wären sie nie da gewesen, erzählt Salle von seiner Suche nach dozenten Familienmitgliedern in der liebischen Stadt Derna.

Auf Lampedusa sind zuletzt so viele Migranten angekommen wie noch nie, der Gemeinderat der Insel vor Sizilien hat den Notstand ausgerufen, derzeit spielen sich Szenen ab, die man selbst in Lampedusa noch nie gesehen hat.

7000 Migranten sind im Lager auf der Insel, für Neuankömmlinge ist kein Platz mehr.

Auf der Mole kam es gestern zu Zusammenstößen, wie Cornelia Wospanik berichtet.

Sie haben den Schutzschild in der einen Hand und den Schlagstock in der anderen.

Die Beamten der italienischen Finanzwache, die gestern auf der Mole des Hafens von Lampedusa eingreifen.

Sie drängen die Menschen, die stundenlang übermüdet, bei brütender Hitze hier ausharren und weiter wollen zurück.

Man weiß nicht, wohin mit ihnen.

Der Hotspot ist mehrfach überbelegt, nicht einmal im Freien gibt es mehr Platz, den Namen erst auf einem Zentrum verdient, was man da von außen zu sehen bekommt, eigentlich nicht mehr.

Mit dem Weitertransport aufs Festland kommt man nicht nach, mehr als 100 Boote an einem Tag mehr als 5000 Neuankünfte.

Lampedusas Gemeinderat hält gestern eine Sondersitzung ab und ruft den Notstand aus.

Bürgermeister Filippo Manino appelliert an Rom.

Wir haben mehrfach um mehr Schiffe gebeten, wir brauchen strukturelle wie Notmaßnahmen.

Aber manch Bürger fordert mehr, die Insel soll in den Generalstreik treten, wir wollen im Friedenleben, sagt einer, und die Verfassung solle auch hier gelten.

Ein anderer sagt, der Tourismus der Insel vertrage sich nicht mit Notstand und Tragödie.

Italiens Regierungschefin Giorgio Meloni antwortet einmal mehr, Europa helfe Italien nicht und das einzige, was ganz Europa helfen würde, wäre die Ankünfte zu stoppen.

Ihr wie zur Premiere Legaschef Matteo Salvini geht in seiner Beurteilung der Lage noch einen Schritt weiter.

Für ihn ist klar, dass diese Ankünfte gesteuert sein.

Offensichtlich organisiert und finanziert, das ist ein kriegerischer Akt, wenn es so weitergeht, kollabiert die Gesellschaft.

Organisiert von wem, wird Salvini bei der Pressekonferenz gestern Abend mehrfach gefragt.

Die Geheimdienste arbeiten daran, sagt der wie zur Premiere und Infrastrukturminister und noch etwas sagt er, keine Gegenmaßnahme sei auszuschließen.

In Italien und nicht nur hier.

Unterdessen gehen die Ankünfte in Lampedusa weiter.

Auf einer sizilianischen Insel, die keine Maßnahme mehr weiß.

Gleich sieben Minuten nach sieben, nach Österreich jetzt.

Ein Entwurf des schon lange versprochenen Informationsfreiheitsgesetzes sorgt seit gestern für Diskussionen.

Darin ist vorgesehen, dass die aktive Informationspflicht, also das Gemeinden von sich aus relevante Informationen veröffentlichen müssen, nur für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern gelten soll.

Wohl ein Kompromiss für die kleinen Gemeinden, die befürchten, dass mehr Transparenz auch deutlich mehr Arbeit für sie bedeuten würde.

Der Gemeindebund hätte am liebsten, wenn es gar keine Veröffentlichungspflicht für die Gemeinden gebe, die 10.000 Einwohnergrenze sei vertretbar.

Unter den Bürgermeistern gehen die Meinungen dazu sehr stark auseinander.

Victoria Waldecker hat mit einigen von ihnen gesprochen.

Die Protokolle aus den Gemeinderatssitzungen und ein, zweimal pro Jahr Grundstückswitungen, das wird in Bad Kleinkirchheim in Kärnten bereits veröffentlicht.

Alles darüber hinaus wäre für die sieben Gemeindebediensteten kaum möglich.

Glaut der Bürgermeister der 1.700 Einwohnergemeinde Matthias Kren von der FPÖ.

Es passiert im Alltag relativ viel, was an Entscheidungen gefällt werden.

Und wenn diese Dinge auch veröffentlicht werden müssen, dann wird es schwierig.

Es geht erstens einmal um ein juristisches Mahau.

Allein schon die Frage, welche Infos von allgemeinen Interessen im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes

einzustufen sind, ist ein schwieriges Unterfangen.

Das bindet auch personelle Ressourcen und das in Baldamergrenzen erreicht oder beschritten.

Deutlich mehr Aufwand fürchten auch seine Amtskollegen.

Immer wieder reden sie dabei vom Datenschutz.

Denn alles, was veröffentlicht wird, muss zuerst geprüft werden.

Persönliche Daten wie zum Beispiel Adressen müssen geschwärzt werden.

Das sei jedenfalls mehr Arbeit.

Ob dafür zusätzliches Personal benötigt werde, können viele Gemeinden noch nicht abschätzen.

Für Zwettel in Niederösterreich wäre der Mehraufwand zu stemmen, glaubt Bürgermeister Franz Moldt von der ÖVP.

Immer aufwendiger wird es für jede Gemeinde werden, aber für unsere Gemeinde in Zwettel ist es wahrscheinlich um vieles leichter handelbar zu meinen, weil wir eine gegliederte Verwaltung haben

und weil wir einen Stadtraumsdirektor und einen Juristen haben.

Zwettel hat mehr als 10.000 Einwohner.

Die von der Regierung angedachte Veröffentlichungspflicht für die großen Gemeinden würde hier also sehr wohl gelten.

Kleinere Gemeinden werden davon ausgenommen, für Moldt eine gute Lösung.

Man darf ja nicht vergessen, die Gemeinden bei uns im Bezirk haben so in etwa 2,5 bis 3 Mitarbeiter.

Die müssen aber alles machen von der Buchhaltung über das Bauwesen und die werden da wirklich überfordert.

Zwei seiner Amtskollegen im Westen widersprechen.

Elmar Romberg, Bürgermeister von Lauterach in Vorarlberg und Stefan Seywald, Bürgermeister von St. Johannin Tirol bei der ÖVP

wollen die aktive Veröffentlichungspflicht wenden dann für alle Gemeinden.

Wenn man das macht, muss es fallig gleich gelten.

Dass hier der Gesetzgeber unterscheidet zwischen großen und kleinen Gemeinden, ist überraschbar ein wenig,

weil wenn Transparenz, muss es fallig gleich gelten.

Was macht es dann schon Sinn, wenn Städte und Gemeinden unter 10.000 das nicht tun müssen und die anderen schon gescheitert oder gar nicht?

Gar nicht, das wäre einigen Bürgermeistern ohnehin am liebsten.

Auch SbÖ-Bürgermeister Josef Carbon in Romin Tirol würde er am liebsten ganz auf das Gesetz verzichten.

Wenn es nicht kommt, ist es besser, als wenn es kommen würde.

Ich sehe das als Humburg. Wenn jemand glaubt in der hohen Politik, dass er es braucht, dann kann er es ja für sich selber machen.

Man sollte einmal den Menschen, denen man wählt, die sich zu einer Wahl stellen, auch Vertrauen entgegenbringen.

Besser als Vertrauen ist aber oft die Kontrolle.

Auch unter den Bürgermeistern gibt es also keine Einigkeit, wie mehr Transparenz aussehen könnte.

Umso wichtiger wären klare Vorgaben des Bundes und nicht zu viele Ausnahmen, sagen Experten.

Die Beamtengewerkschaft hat am Dienstag-Ecke hat Quinn zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Die Gewerkschaft öffentlicher Dienst, kurz GOED, ist die zweitgrößte Einzelgewerkschaft im ÖGB und eine mächtige Teilorganisation.

Schon bald, ab Mitte Oktober, wird sie ihr Gewicht bei den Gehaltsverhandlungen für die Beamten einsetzen

und das nicht zu knapp wie der neue GOED-Chef im Interview mit dem Ö1-Morgenjournal anklingen lässt.

Quinn kommt aus der Lehrgewerkschaft und folgt Norbert Schneedel, nach der ein Leiser war, anders als ein Vorgänger der legendäre Fritz Neugebauer.

Stefan Kappacher hat Ecke hat Quinn gefragt, wie er die Neurolle anlegen wird.

Ich glaube einmal, dass ich ein durchaus harter Verhandler bin.

Ich bevorzuge Lösungen am Verhandlungstisch, das heißt nicht laute Lösungen, aber wenn es notwendig ist, natürlich auch solche.

Sind das die Gehaltsverhandlungen, auf die Sie sich jetzt schon einstimmen?

Die Gehaltsverhandlungen werden sicher heuer spannend bei den Rahmenbedingungen.

Das ist sicherlich das nächste große Ereignis, das auf uns zukommt, gewerkschaftlich gesehen.

Wie herausfordernd wird das Ganze?

Sie kennen die Influenzraten, die wir hatten in der Vergangenheit.

Die sind die höchsten seit vielen Jahrzehnten und dementsprechend sind auch die Herausforderungen für den Gehaltsabschluss.

Der aussicht natürlich dann auch irgendwo bei den höchsten Gehaltsabschlüsse der letzten Jahrzehnten wird finden.

Was waren die höchsten Gehaltsabschlüsse der letzten Jahrzehnte?

In den 60er und 70er Jahren gab es bei sehr hoher Inflation dann auch Abschlüsse im zweistelligen

Bereich.

Und in die Richtung geht's, habe ich verstanden?

Das habe ich nicht gesagt, nein, das habe ich nicht gesagt.

Okay, nämlich zur Kenntnis.

Herr Quincy, kommen wir aus dem Schulbereich.

Es gibt dort massive Personalengpässe.

Das hat man jetzt mit dem neuen Schuljahr gerade mal so hinbekommen.

Es fehlt aber trotzdem hinten und vorne an Lehren.

Nehmt die Gewerkschaft das einfach so hin oder kommt da noch was von Ihnen?

Wofür wir uns einsetzen und das tun wir Tauern,

dass die Arbeitsbedingungen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten,

dass die Kolleginnen und Kollegen entsprechend gute Arbeitsbedingungen vorfinden.

Und wenn man das macht, dann ist auch ein Job entsprechend attraktiv.

Das ist nicht einfach im öffentlichen Dienst, weil wir im Schnitt eine wesentlich höhere Qualifikation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben als in der Privatwirtschaft.

Das hängt mit den Aufgaben des öffentlichen Dienstes zusammen.

Daher ist es dort umso schwerer, entsprechend Leute zu rekrutieren.

Das zuständige Ressort vom Vizekanzler Kogler hat ja Maßnahmen getroffen schon, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen.

Die Einstiegsgehälter sind mit Heuer angehoben worden, angeblich auch mit Erfolg heißt das im Ressort.

Ist das ausreichend?

Noch nicht. Es ist nämlich nicht für alle Bereiche.

Also zum Beispiel der große Bereich der Pädagoginnen und Pädagogen war davon nicht umfasst.

Es gibt ein wachsendes Problem, dass Leute, die hier dann sich weiter qualifizieren im öffentlichen Dienst,

entsprechende Ausbildungen machen, hohe Qualifikationen erwerben,

nach 10, 15 Dienstjahren den öffentlichen Dienst wieder verlassen,

weil dann die Gehälter entsprechend nicht der Privatwirtschaft sind.

Und auch hier ist es ganz dringend Maßnahmen zu setzen, um hier nicht gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verlieren.

Der öffentliche Dienst soll eine Vorbildrolle bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielen.

Das sagt Ihre Gewerkschaft. Was heißt das?

Ich glaube, gut qualifizierte Frauen zu bekommen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die es in der Privatwirtschaft vielleicht nicht so leicht haben.

Das sehe ich als die große Chance des öffentlichen Dienstes,

die große Lücke mit hochqualifizierten Personen aufzufüllen,

die die Pensionierung in den nächsten Jahren reißen wird.

Bis 2034 gehen 45% der Bediensteten im Beim Bund aus Altersgründen in Pensionen.

Also da haben sie einen ziemlichen Rekrutierungsbedarf.

Und der öffentliche Dienst hat hier, glaube ich, wirklich die Chance,

sehr hochqualifizierte Frauen zu werben, wo es man einfach besseres bieten kann,

also in manchen Bereichen zumindest der Privatwirtschaft.

Es geht hier auch um Drehzeitmöglichkeiten, Homeoffice-Möglichkeiten,

Kinderbetreuung könnte man im öffentlichen Dienst vielleicht anbieten stärker.
Und wie halten Sie es mit der Arbeitszeitverkürzung?

Das steht ja bei der Gewerkschaft beim ÖGB.

Sie sind im Bundesvorstand grundsätzlich hoch im Kurs. Wie stehen Sie dazu?

Ich glaube, dass mit Einführung von künstlicher Intelligenz,
die sehr bald in vielen Bereichen auch im öffentlichen Dienst erfolgen wird,
viele Routinearbeiten leichter werden, es Entlastung geben wird.

Und wenn ich eine höhere Produktivität erzielen kann,
ist selbstverständlich auch darüber nachzudenken,
ob man nicht auch Arbeitszeit reduzieren kann.

Sagt der neue Chef der Beamten Gewerkschaft Eckehardt-Quinn im Gespräch mit Stefan Kappacher.

Die hohe Inflation hält sich hartnäckig, gleichzeitig schwächt die Konjunktur,
rufe nach einer Zinspause, sind deshalb zuletzt lauter geworden.

Schwierige Voraussetzungen also für die Entscheidungsfindung der Europäischen Zentralbank
ziehen sie noch einmal anheben oder doch nicht Nadja Hahn berichtet.

Neunmal in Folge hat die EZB die Zinsen angehoben wegen der hohen Inflation.
Tut sie es heute ein zehntes Mal?

Der Leitzins liegt derzeit bei 4,25 Prozent.

Dafür spricht, dass die Inflation hoch bleibt.

Im Euro-Zonen-Schnitt liegt sie noch über 5 Prozent und es sieht so aus,
als könnte sie hartnäckiger sein als angenommen.

Außerdem ist die EZB von ihrem Ziel, die Inflation auf 2 Prozent zu begrenzen,
ja noch sehr weit entfernt.

Aber die Notenbanker stehen vor einer schwierigen Entscheidung,
denn gleichzeitig schwächt die Wirtschaft, da sind höhere Zinsengift,
weil Kredite teurer werden und weniger investiert wird.

Das würde die Konjunktursorgen noch verstärken.

Heute kommt auch eine neue Prognose der EZB.

Zuletzt hat aber schon die EU-Kommission ihre Prognosen für die gesamte EU
und alle Länder, die den Euro haben, heruntergeschraubt.

Sie rechnet heuer nur mehr mit einem Wachstum von 0,8 Prozent
und besonders in Deutschland soll es ja noch weniger sein.

Es gibt heute also drei Optionen.

Die Zinsen steigen weiter.

Oder die Europäische Notenbank deutet an, dass sie nur eine kurze Pause einlegt.

Oder sie signalisiert, dass die Zinsen jetzt erst einmal länger
auf diesem hohen Niveau bleiben werden.

Der Versuch, also Inflation und Wirtschaftsabschwung gleichzeitig im Rahmen zu halten,
ist ein Drahtseilakt.

Die Entscheidung kommt am frühen Nachmittag.

Stromversorgung, das nächste Thema im Morgenjournal.

Österreich hinkt beim Netzausbau hinterher,
durch der stockt auch in Deutschland.

Verspätet beginnt dort der Bau der Südlink,

einer Stromleitung vom Norden in den Süden.

Auch hierzulande wird die Fertigstellung sehnsüchtig erwartet, denn diese wird in Österreich für stabilere Netze sorgen und könnte den Strom ab 2028 günstiger machen, sagen Experten. Paul Sihorch informiert.

Sonne, Wind und Wasser erneuerbare Energieträger sind volatil. Vernetzung, März, Schwankungen aus.

Daher wird die Südlink auch in Österreich mehr Netzstabilität bringen, sagt Alfons Haber, Chef der Regulierungsbehörde e-Control.

Wenn die Netze von Nord nach Süden in Deutschland ausgebaut werden, reduziert es auch unseren Kraftwerkeinsatz und erhöht somit auch die Versorgungssicherheit im zentral europäischen Raum.

Und somit ist diese Verbindung von Nord nach Süden in Deutschland auch ein wesentliches Teilstück des gesamteuropäischen Ausbaus.

Über zwei Wege soll der Strom nach Österreich kommen, einerseits über die Salzburg-Leitung und über die sogenannte Deutschlandleitung nach Oberösterreich.

Sie sollen rechtzeitig vor der Südlink fertig werden.

Durch die Anbindung könnten die Preise fallen.

Es kann auch hier zu Überschüssen kommen im Süden von Deutschland, der dann also sich insofern auf die Preise auswirkt, dass die Preise sinken und somit können auch also von Österreichischer Seite über die Grenzen hinweg auch dieser günstigere Strom dann also gekauft werden und somit wirkt das dann auch tendenziell auf die Preise.

Aktuell sind Österreich und Deutschland ja in unterschiedlichen Strompreis-Zonen.

Nachbarn ist Strom günstiger.

Der Unterschied wird durch die neue Leitung allerdings kleiner, sagt Haber.

Und durch die bessere Österreich-Anbindung an die Stromautobahn Nord-Süd müssen wir weniger Kraftwerke hochfahren, um Spitzen abzudecken.

Von 31 Tagen war das im August an 25 Tagen nötig.

Der Strom kommt nicht dort an, wo er gebraucht wird, weil die Leitungen überlastet sind.

Und diese fehlenden Netzkapazitäten, Vorursachen in Österreich, kann man sagen pro Monat 10 Millionen Euro kosten, die wohl besser anders investiert werden.

Sagt Christoph Schuh, Sprecher der APG, die für die heimischen Netze zuständig ist.

Diese sogenannten Re-Dispatch-Kosten machen etwa 2 Euro pro Haushalt pro Monat aus, so der APG-Sprecher.

Die Südlinkleitung mit den Österreich-Zubringern

ist ein Teil vom Netzausbau
und wird eben auch hier eine Preisreduktion bringen.
Wenn die Projekte zeitgerecht gemacht werden,
dann erwarten wir uns auch Preistempungen bzw. Kostentempungen
im Bereich des Re-Dispatching aus diesem Bedarf heraus.
Es soll ein geringer Send-Betrag sein
und damit kaum spürbar verdeutlicht,
aber welche finanziellen Auswirkungen dahingende Netzausbau hat.
Andererseits sorgt der Leitungsausbau
immer wieder für unmutend betroffenen Gemeinden,
beispielsweise Salzburg-Leitung.
Hier wollten Bürgerinitiativen die Verlegung unter der Erde.
Es gab auch Naturschutz und EU-Rechtsbedenken.
Der Verwaltungsgerichtshof hat nach jahrelangem Rechtsstreit
allerdings grünes Licht für den Bau der Freileitung gegeben,
um nur ein Beispiel rund um der Spannungsfeld-Energiewende zu nennen.
Mehr als 5.000 Planeten außerhalb unseres Sonnensystems
hat die Wissenschaft mittlerweile gefunden.
Leben wurde bisher auf keinem davon nachgewiesen.
Doch nun sorgt ein Exoplanet im Sternbild Löwe für Aufregung,
denn die Zusammensetzung seiner Atmosphäre
weist auf äußerst lebensfreundliche Bedingungen hin.
Möglicherweise wurden dort sogar Spuren einfacher Lebewesen entdeckt.
Mehr von Robert Schippel.
K218b heißt der Planet, der die Fachgemeinde derzeit
in seinen Band zieht.
Der 120 Lichtjahre entfernte Exoplanet im Sternbild Löwe
ist etwa achtmal so schwer wie die Erde
und hat auch einen deutlich größeren Durchmesser.
Doch abgesehen von solchen Eckdaten
ist es vor allem seine Lage und nicht zuletzt
sein chemischer Fingerabdruck, der nun für heiße Diskussionen sorgt.
Denn der Exoplanet liegt zum einen
in der sogenannten habitablen Zone, rund um seinen Zentralstern.
Das heißt, es ist weder zu kalt noch zu heiß.
Wasser könnte also in flüssiger Form vorliegen.
Zum anderen deutet auch seine Atmosphäre
auf recht lebensfreundliche Bedingungen hin.
CO₂ und vor allem Methan
wurden nun erstmals zweifelsfrei nachgewiesen.
Das alleine wäre eigentlich schon ein wissenschaftlicher Durchbruch,
sagt Studienautor Nico Madousoudan
von der Universität Cambridge.
Das wäre schon ein größeres Erlebnis für den Feld.

Denn diese Moleküle können nur dann
in solchen Mengenverhältnissen entstehen,
wenn es auf der Oberfläche des Planeten Ozeane gibt.
Die Puzzlestücke für mögliches Leben
fügen sich also nahtlos aneinander.
Doch da gibt es noch einen weiteren Befund,
ein Messergebnis, das ihm zunächst einmal geschockt habe,
sagt Nico Madousoudan.
Der indisch-britische Astronom
hat mit seinem Team nämlich Hinweise
auf eine Schwefelverbindung namens
Dimethylsulfid oder DMS entdeckt.
Diese Verbindung kennt man bereits von der Erde.
Aufwältig daran,
das Molekülen steht im Stoffwechsel von Plankton im Meer.
Und zwar nur auf diese Weise.
On Earth, DMS is only produced by life.
There is no other way you can make it.
Sollte sich diese Messung bestätigen,
wäre das also die Smoking Gun,
ein sehr starker Hinweis,
dass es auf dem Exoplaneten tatsächlich Leben gibt.
Doch Madousoudan ist als gestandener Empiriker vorsichtig genug,
diesen Befund nicht überzubewerten.
Das Signal ist da,
wir brauchen noch zusätzliche Messungen,
um die Ergebnisse abzusichern.
Bis zu einer endgültigen Antwort
werde es etwa ein Ja brauchen, sagt er.
Somit gibt es zwei Möglichkeiten.
Entweder löst sich das Signal
wieder im Rauschen der Messapparaturen auf
oder es verfestigt sich.
Dann freilich wäre die wissenschaftliche Sensation perfekt
und in den Lehrbüchern stünde von nun an der Ersatz.
Es gibt Leben da draußen im Kosmos.
Und wie diese neuen Entdeckungen einzuschätzen sind,
verspreche ich im Morgenjournal um 8
mit dem Astronomen und Physiker Peter Habisson.
Ein Blick auf die Uhr, es ist 7 Uhr und 23 Minuten.
Sie ist eine der auffälligsten und markantesten Erscheinungen
der Musikszene nach Punk,
die englisch-amerikanische Sängerin
und Komponistin Chrissy Hynd.

Ihre Band, The Pretenders,
zählt seit dem umjubelten Debüt Album 1979
zu den wichtigsten und einflussreichsten Gruppen
der vergangenen vier Jahrzehnte.
Ob you're sobbing, don't get me wrong oder I'll stand by you,
zählen zu den großen Hits der Pretenders.
Diese Woche erscheint Relentless, das zwölfte Album der Band.
David Baldinger hat es schon gehört.
Eine Band bleibt also unerbetlich und unnachgiebig Relentless.
Die Pretenders wollen auf diesem Album
mit ausgefahrenen Krallen zeigen,
dass sie es immer noch ernst meinen.
Chrissy Hynd hat nicht vor,
sichere ihre Band ins Rock'n'Roll-Ausgedinge zu verabschieden.
Warum sie es immer noch tue,
Musik sei eben kein Bürojob mit Pensionskonto.
Sons sind behind weniger Geschichten,
die sie sich ausdenkt, als das Erzählen aus dem eigenen Leben.
Sie sind Statements.
Das Lied Wayne Glorious entspricht mit 2 Minuten 48
der im Punkhandelsüblichen Länge.
Zwei, drei Minuten, dann sollte alles gesagt sein.
Der aktuelle von Hynd ausgesuchte Pretenders-Gitarist
heißt James Walburn, ein Meister des Riffs
und darauf komme es an zu Hynd.
Die Single Let The Sun Come In
hält auch wunderschöne Stimmungswechsel bereit.
Gewandert im elegant ungehobelten Postpunk-Sound,
der die Ramones zitiert.
Hynd's Meisterschaft in der hohen Kunst des Songwritings
zeigt sich im Lied Look Away.
Dabei erzählt sie schlicht davon, wie sie die Welt heute sieht,
von den Menschen, die sich in Bildschirmen verlieren.
Der Stück entspinnt sich wie von selbst,
wird langsamer und wieder nervös und aufgeregt.
Würze durch Kürze hätte dem Album
an manchen Stellen durchaus gut getan.
Da gibt es Problemzonen, in denen es langartig
und zu dick produziert wird.
Trotzdem enthält Will Endless genug gute Singles,
um das Album zu einem gelungenen zu machen.
Berichtet David Baldinger
Das Komödie der Menschenfein startet das Landestheater
St. Pöltenmorgenabend in der neue Saison.

Mulier, dessen 400. Geburtstag im vergangenen Jahr gefeiert wurde, zählt zu den meistgespielten Notoren weltweit menschliche Schwächen und Laster in seine Spezialität.

Im Menschenfeind steht ein Mann im Zentrum, der sich gegen die Heuchelei in der Gesellschaft stellt.

Dominic Olei, der zuletzt der große Diktator in den Kammerspielen der Josefstadt inszeniert hat, ist mehr von Katharina Menhofer.

Es kann nicht lauter politisch brisante Ampuls der Zeitstehende Stücke auf den heimischen Spielplänen geben, auch wenn der Trend zum Klassiker-Abseitling ungebrochen scheint.

Aber vielleicht braucht es zuweilen auch Dramen, denen der Umwelt, der Mitu oder der Machtmissbrauchaspekt fehlt und die sich einfach mit Zwischenmenschlichen befassen.

So ein Stück ist der Menschenfeind von Mulier.

Mein erster Ampuls war auch, dass man das auch machen sollte oder könnte.

Aber das Theater hat gesagt, wir würden gerne diesen Versuch wagen.

Sagt Regisseur Dominic Olei.

Den Text zu nehmen, wie er ist, auch als Erbe zu nehmen, auf etwas zuzugehen, ohne es mit unseren eigenen Problemen vorschnell zu belästigen, dieses Material in den Arm zu nehmen.

Diese Umarmung gilt dem Titelgebenden Protagonisten als Zest, der eigentlich mehr Wahrheitsfreund als Menschenfeind ist.

Es ist sehr einfach, man unterlässt die Heuchelei.

Man redet, was man denkt, damit das Herz die Worte lenkt.

Ehrlich, moralisch, Prinzipien treu bis zur Unhöflichkeit opfert er seiner Wahrheitsliebe schonungslos alles, sogar aus sein eigenes Liebesglück.

Kämpfen soll man, ohne Erbarmung, gegen dieses Küssen, dieses Umarmung.

Eigentlich ist es eine Geschichte über jemanden, der nicht das bekommt, was er vielleicht verdient hätte, aufgrund von psychologischen Fehlleistungen, die sich in ihm aufhalten.

Dass er ausgerechnet das Party-It-Girl-Selimen anhimmelt, die allem anscheinend nach oberflächlich Eitel und selbst verliebt ist, wird zur Ausgangssituation einer komplizierten Liebesbeziehung.

Für diese Beliebtheit zeigt man einen Preis, oder denken Sie, dass irgendjemand hier glaubt, dass Ihre schöne Seele den Männern die Ruhe raubt?

Als Sittenbild einer Vergnügungsgesellschaft mit Seitenhieben auf den Adl hat Molière

seine gesellschaftskritische Komödie angelegt.
Und auch wenn sich diese Gesellschaft
seit der Zeit des Sonnenkönigs Ludwig XIV
einigermaßen verändert hat,
finde man durchaus zeitlos Gültiges.
Es gibt sozusagen diesen Bruch zwischen dem,
dass ich mich wohlfühle und den ganzen Anforderungen,
die diese pervertierte kapitalistische Gesellschaft
über uns rausgeschüttet hat,
da gibt es sozusagen diese Diskrepanz.
Sprachlich bleibt man beim Reim,
aber auch bei den Kostümern
eine neue Übersetzung von Jürgen Gosch und Wolfgang Wiens.
Ich ziehe mich jetzt nach dieser Welt zurück.
Ich suche mir jetzt irgendwo einen Winkel,
wo man noch umgestört und in Frieden und Viel Glück.
Julia Kreuzsch seit dieser Saison fixes Ensemblemitglied
spielt ihn als Sest
und auch sonst wird grossgegendert.
Und während bei den Kostümen
ein schrill-subversiver Allerlei-Mix vorherrscht,
bleibt die Bühne klar und nüchtern
im ordneten Rahmen die Angadarobenspiegel erinnern.
Der Menschenfeind hat morgenabend in Sankt-Bölten-Premiere,
mit den November-Volktern Martin Kuches-Version im Burgtheater,
mit angekündigter Jauche, Grube und olfaktorischen Spielereien,
womöglich eine persönliche Abrechnung
mit der heimischen Kulturpolitik.
Kurz nach halb acht, die Nachrichten.
Christina Kreuz.
Die Lage in Libyen ist auch Tage nach
den Überschwemmungen weiter verheerend.
Ganze Regionen sind von der Außenwelt abgeschnitten,
von der Flutkatastrophe am schlimmsten betroffenen Stadtderner geht,
der Bürgermeister davon aus,
dass sich die Zahl der Todesopfer auf bis zu 20.000 erhöhen könnte.
Die UNO appelliert an die beiden verfeindeten Regierungen in Libyen,
ihre Spaltung zu überwinden und gemeinsam zu helfen.
Die Mittelmeerinsel Lampe Dueser ruft angesichts der hohen Zahl
an täglich ankommenden Migranten den Notstand aus.
Bürgermeister Manino fordert mehr Schiffe
und strukturelle Lösungen.
Seit Montag haben tausende Menschen die Insel,
die zwischen Sizilien und Tunesien liegt, erreicht.

Alleine gestern waren es mehr als 5.000,
wie aus Zahlen des Innenministeriums in Rom hervorgeht.
Italien erwickelt wegen des Konflikts mit Österreich
über den Brenner Transitverkehr in Tirol den Gang zum Europäischen Gerichtshof.
Laut Innenminister Salvini wird deswegen an einem Dossier gearbeitet.
Die österreichische Regierung breche jede Regel und helfe der Umwelt nicht,
aber sie beruft sich auf Artikel 259.
Demnach kann ein EU-Land den EU-GH anrufen,
wenn es einen Verstoß eines anderen EU-Lands
gegen eine Verpflichtung aus den Verträgen sieht.
Die Währungshüter der Europäischen Zentralbank der EZB
entscheiden heute über den weiteren Kurs.
Der Leitzins liegt mittlerweile bei 4,25 Prozent.
Unklar ist, ob die EZB die Zinsen noch einmal erhöhen wird.
Im Gaserstreifen sind fünf Palästinenser bei einer Explosion getötet worden.
19 weitere wurden verletzt.
Ein Demonstrant wollte bei Protesten gegen die israelische Armee
einen Sprengsatz auf israelische Soldaten werfen.
Doch der detonierte offenbar vorzeitig.
Auf der Nordhalbkugel hat es heuer Waldbrände
in rekordverdächtigen Ausmaß gegeben.
Das meldet der EU-Atmosphärendienst.
So haben alleine die Waldbrände in Kanada
bis her 410 Megatonnen CO₂ freigesetzt.
Das ist der mit Abstand höchste je gemessene Wert.
Das entspricht 27 Prozent der weltweiten Kohlendstoffemissionen
in diesem Jahr.
Das wird heute viele Wolken und teils gewittrige Regenschauer,
wobei sich der Schwerpunkt tagsüber ins Bergland
und den Süden verlagert,
an Nachmittag dann vermehrt Sonnenfenster,
die höchste heute 17 bis 24 Grad.
Das nächste Journal gibt zum Acht.
Jetzt um 7.33 Uhr geht es weiter mit Bernhard Fellingner
und Guten Morgen, Mitte 1.
Und wir servieren jetzt Musik von Georg Friedrich Händel,
Countrydance aus der Wassermusik
in einer Bearbeitung für Oboe und Orchester
mit Albrecht Meyer und der Sinfonia Varsovia.
Copyright WDR 2021